

Berufliche Schulen im demografischen Wandel

Perspektiven für die strategische Weiterentwicklung



HORST WEISHAUPT

Prof. Dr., Rudolf-Carnap-Senior-Professor der Bergischen Universität Wuppertal, bis zu seiner Pensionierung Leiter der Arbeitseinheit »Steuerung und Finanzierung des Bildungswesens« am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Frankfurt/Main

Die seit 1990 rückläufige Geburtenentwicklung in Deutschland zeigt zunehmend Unterschiede zwischen den Ländern. In einigen Regionen sind dadurch Berufsschulstandorte gefährdet. Aus den Qualifizierungsanforderungen des Arbeitsmarkts und dem zunehmenden Bedarf an Fachkräften, die aus schrumpfenden Geburtenjahrgängen rekrutiert werden müssen, ergeben sich jedoch neue Aufgaben für die beruflichen Schulen. Vor diesem Hintergrund werden im Beitrag Entwicklungsperspektiven differenziert nach verschiedenen Ausbildungsbereichen skizziert.

Demografische Entwicklung in den Regionen und Qualifizierungsbedarf

Zwischen den west- und ostdeutschen Flächenländern und den Stadtstaaten Berlin und Hamburg verläuft die demografische Entwicklung sehr unterschiedlich: Nach dem Geburteneinbruch in den neuen Bundesländern Anfang der 1990er-Jahre stagniert dort seit 2000 die Geburtenentwicklung auf niedrigem Niveau. Die genannten Stadtstaaten Berlin und Hamburg weisen leicht steigende Geburtenzahlen auf. Von einer rückläufigen Schülerinnen- und Schülerzahlenentwicklung in der Sekundarstufe II als Folge des Geburtenrückgangs um mehr als 20 Prozent bis zum Jahr 2025 sind daher vor allem die westdeutschen Flächenländer betroffen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 173). Die landesspezifischen Unterschiede sind noch regional zu differenzieren: Insbesondere die Regionen außerhalb der Kernstädte müssen mit sinkenden Schülerinnen- und Schülerzahlen rechnen (vgl. ebd., S. 324). In Ostdeutschland kommt die vergleichsweise niedrige Siedlungsdichte hinzu. Diese kann in ländlichen Regionen die Bestandserhaltung des Schulstandortsystems der beruflichen Schulen gefährden.

Gleichzeitig verändert sich die künftige Situation am Arbeitsmarkt durch die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1950 und 1965, die in den nächsten beiden Jahrzehnten den Arbeitsmarkt verlassen und ab 2015 zu einem zunehmenden Ausgleich zwischen Arbeitskräftebedarf und -angebot führen werden (vgl. ebd., S. 159 f.). In einigen Arbeitsmarktsektoren ist schon in diesem Jahrzehnt mit

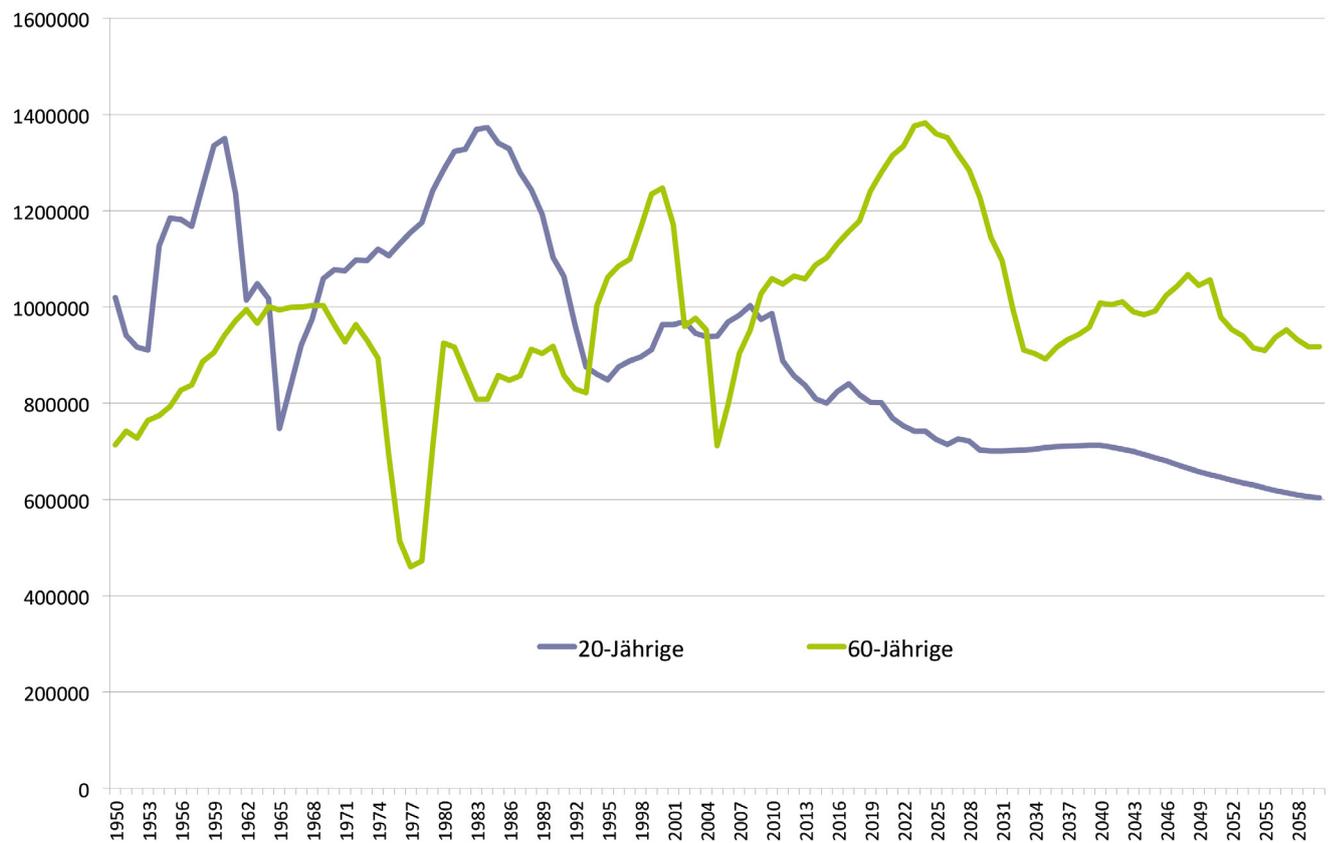
Arbeitskräftemangel zu rechnen. Beispielhaft lässt sich die Veränderung der Arbeitsmarktkonstellation am Vergleich der Entwicklung der Bevölkerungszahl bei den 20-Jährigen (als fiktivem Berufsanfängerjahrgang) mit den 60-Jährigen (als fiktivem Abgängerjahrgang aus dem Berufsleben) darstellen (vgl. Abb., S. 16).

Dadurch ergibt sich die Anforderung an das Bildungswesen, in den kommenden Jahrzehnten alle Möglichkeiten einer Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Bevölkerung zu erschließen. In seinen Arbeitsmarktprognosen verweist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) darauf, dass nicht nur der Bedarf an Hochqualifizierten steigen wird, sondern auch die Zahl der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung verringert werden muss: »Das Augenmerk der Bildungsbemühungen wird sich auf das untere Ende des Qualifikationsspektrums richten müssen. Dort muss es zu verstärkten Anstrengungen bei der Integration ausbildungsferner Jugendlicher kommen, aber auch zum Ausbau der beruflichen Weiterbildung.« (BMAS 2013, S. 23)

Die beruflichen Schulen stehen folglich vor der Herausforderung, sowohl das Schulstandortnetz zu sichern als auch Qualifizierungsprozesse in der Zukunft mitzugestalten, damit die befürchteten Friktionen im unteren Qualifikationssegment des Arbeitsmarkts vermieden werden. Daraus erwachsen für die vier Ausbildungsbereiche an beruflichen Schulen (duale Berufsausbildung, Schulberufssystem, Übergangssystem und allgemeinbildende Bildungsgänge) unterschiedliche Aufgaben, die nachfolgend skizziert werden.

Abbildung

Entwicklung der 20- und 60-jährigen Bevölkerung 1950–2060 in Deutschland*



* heutiges Bundesgebiet, ab 2012 Daten der 12. Bevölkerungsvorausschätzung

Maßnahmen zum Erhalt von Fachklassen im ländlichen Raum konsequent umsetzen

Neben dem Ausbildungsbetrieb ist die Teilzeit-Berufsschule der zweite obligatorische Lernort der dualen Berufsausbildung. Die Berufsschulpflicht ist in der Regel im Schulträgerbereich, in dem der Ausbildungsbetrieb gelegen ist, zu erfüllen. Dies setzt voraus, dass dort das Berufsschulangebot für alle Ausbildungsfachrichtungen auch angeboten werden kann. Traditionell gibt es für Splitterberufe angesichts der geringen Zahl an Auszubildenden Landes- oder sogar Bundesfachklassen. Aber auch bei durchaus häufig vorkommenden Ausbildungsberufen gelingt es nicht immer, an jeder zuständigen Berufsschule Fachklassen für die überwiegende Zahl von Auszubildenden einzurichten. Dies kann die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe negativ beeinflussen und für die Auszubildenden dazu führen, dass Wohn-, Ausbildungs- und Berufsschulort auseinanderfallen. Leider fehlen zu diesen regionalen Einflüssen auf die Ausbildungsnachfrage detailliertere Studien. Eine Studie bezogen auf Hessen kommt zu dem Ergebnis, dass die regionale Nachfrage nach Ausbildungsplätzen relativ

wenig variiert, es aber große Unterschiede im regionalen Ausbildungsplatzangebot gibt (vgl. WEISHAUPT u. a. 2012, S. 25 ff.). Zwei Drittel der hessischen Auszubildenden pendeln zwischen den Kreisen oder über die Landesgrenzen hinweg (bundesweit sind es mehr als ein Drittel; vgl. BOGAI/SEIBERT/WIETHÖLTER 2008). Etwa 30 Prozent der Auszubildenden besuchen schätzungsweise nicht die Berufsschule am Ausbildungsort. Schon aufgrund des Rückgangs der Ausbildungsplatzbewerber/-innen in den 1980er-Jahren wurde ein Maßnahmenbündel empfohlen, um dem Verlust von Fachklassen an ländlichen Berufsschulen entgegenzuwirken: Senkung der Klassenmesszahlen, Bildung von Fachklassen auf Berufsgruppenebene und Bildung angeordneter Fachklassen für Splitterberufe (zunächst Zusammenfassung der Schüler/-innen benachbarter Schulen, dann auf Regional- und Bezirksebene, bevor Landesfachklassen gebildet werden; vgl. DECKER/GRIMMER/WEIS 1984). In den letzten Jahren hat Sachsen-Anhalt mit dem Konzept der Mischklassenbeschulung eine Fortführung und didaktische Konkretisierung dieser Überlegungen entwickelt (vgl. LAAG/MÜLLER 2010). Wenn es nicht gelingt, diese Ansätze breiter umzusetzen, wird sich das Berufs-

Tabelle

Entwicklung der Teilzeit-Berufsschulen (einschließlich Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form) nach öffentlichen und privaten Schulen zwischen 2002 und 2011

		2002	2011	Entwicklung 2002-2011 in %
Gesamtes Bundesgebiet				
Teilzeitberufsschule	öffentlich	1531	1391	-9,1
	privat	196	205	4,6
	insgesamt	1727	1596	-7,6
Früheres Bundesgebiet				
Teilzeitberufsschule	öffentlich	1177	1135	-3,6
	privat	153	146	-4,6
	insgesamt	1330	1281	-3,7
Neue Länder (einschließlich Berlin)				
Teilzeitberufsschule	öffentlich	354	256	-27,7
	privat	43	59	37,2
	insgesamt	397	315	-20,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, 2002/03 und 2011/12, eigene Berechnungen

schulsterben weiter fortsetzen. In der Berufsschulstatistik wird es verschleiert, weil der Rückgang öffentlicher Teilzeit-Berufsschulen teilweise durch den Zuwachs privater Einrichtungen überlagert wird. In den neuen Bundesländern hat sich aber schon die Zahl der öffentlichen Berufsschulen im letzten Jahrzehnt um mehr als ein Viertel verringert, und in den alten Bundesländern hat der Rückgang der Berufsschulen ebenfalls begonnen (Tab.).

Ausbildungsstrategische Funktion des Schulberufssystems verbessern

Für Entwicklungsprozesse ländlicher Räume könnten die vollzeitschulischen Ausbildungsgänge an beruflichen Schulen und Fachschulangebote über Kooperationen mit der lokalen Wirtschaft eine besondere Bedeutung erhalten. Schon der Bildungsbericht 2008 spricht bezogen auf das Schulberufssystem von einer »institutionellen Heterogenität«, die sich in den beruflichen Schulen unter Berücksichtigung der anderen Ausbildungsmöglichkeiten noch erheblich ausweitert (vgl. Autorengruppe Bildungsbericht-erstattung 2008, S. 104 f.). Diese Heterogenität trägt nur zu einer wenig systematischen Ergänzung der Ausbildung im dualen System bei. Oft ist die Einrichtung von Ausbildungsgängen an den beruflichen Schulen von situativen personellen und räumlichen Konstellationen und nicht von einer mit der Arbeitsmarktentwicklung abgestimmten Planung abhängig. Selbst im letzten Jahrzehnt mit einem

unzureichenden Ausbildungsplatzangebot hatten die beruflichen Schulen ihre Ausbildungskapazität nur wenig ausgeweitet. Auch bei der Analyse der hessischen Berufsbildungssituation ließ sich keine ausbildungsstrategische Funktion des Schulberufssystems erkennen: Es kompensiert weder gezielt Defizite im Ausbildungsplatzangebot, noch versuchte es, ausbildungsmarktbenachteiligte, aber qualifizierte Jugendliche zu gewinnen (damit sie nicht ins Übergangssystem wechseln müssen) und sich als Alternative zu einem allgemeinbildenden Angebot in der Sekundarstufe II anzubieten. Insofern wäre es notwendig, die Funktion des Schulberufssystems unter dem Gesichtspunkt der Kompensation von unzureichenden betrieblichen Ausbildungsangeboten und der Sicherung des regionalen Arbeitskräftebedarfs grundsätzlich neu zu bestimmen (vgl. auch CHILLA/MORHARDT/BRAUN 2008). Dabei muss zusätzlich an die Nachqualifizierungsaufgaben im Zusammenhang mit der Anerkennung von im Ausland erworbenen Schulabschlüssen gedacht werden und an andere Formen nachholender Qualifizierung (»zweite Chance«, Weiterbildung älterer Arbeitnehmer), die eine zunehmende Bedeutung erhalten und für die nur das Berufsschulsystem eine flächendeckende Infrastruktur bereitstellt. In einigen Ländern wird zusätzlich eine Verzahnung mit dem Weiterbildungsbereich angestrebt (vgl. HARNEY/HOCHSTÄTTER/KRUSE 2007), der allein den einleitend angesprochenen weitreichenden Qualifizierungsaufgaben vermutlich nicht gewachsen ist.

Anzeige

Die Komplexität des Übergangs



Verena Eberhard
Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung –
 Ein ressourcentheoretisches Modell zur Erklärung der Übergangschancen von Ausbildungsstellenbewerbern.
 Berichte zur beruflichen Bildung

Welche Ressourcen sind notwendig, damit Jugendliche den Übergang in eine Berufsausbildung erfolgreich meistern? Um diese Frage zu beantworten erarbeitet die Autorin in ihrer Dissertation ein ressourcentheoretisches Modell des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung, welches die gesamte Komplexität des Übergangsgeschehens abbildet. Anhand der Daten einer repräsentativen Befragung von ausbildungsreifen Jugendlichen, die 2008 bei der BA als Ausbildungsstellenbewerber gemeldet waren, wird aufgezeigt, dass übergangsrelevante Ressourcen letztlich von den institutionellen Rahmenbedingungen bestimmt werden.

BIBB 2012, 272 Seiten, 32,90 EUR, ISBN 978-3-7639-1153-0
 Sie erhalten diese Veröffentlichung beim
 W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld
 Fax 0521/911 0119
 E-Mail: service@wbv.de
www.wbv.de

Innere Differenzierung und individuelle Förderung im Übergangssystem ausbauen

Die demografische Entwicklung wird die erstrebenswerte Rückentwicklung des Übergangssystems ermöglichen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 176 f.; WEISHAUPT u. a. 2012, S. 50 ff.). Schon zwischen den Jahren 2005 und 2012 ging die Zahl der Einmündungen ins Übergangssystem um mehr als ein Drittel zurück, während die Zahl der Berufsausbildungsanfänger/-innen etwa konstant blieb (vgl. Statistisches Bundesamt 2013, S. 13). Dabei zeichnet sich schon die erwartete Veränderung in der Zusammensetzung der Jugendlichen im Übergangssystem ab. Steigend ist der Anteil von Jugendlichen ohne Schulabschluss oder nur mit einem Hauptschulabschluss, die in das Übergangssystem wechseln. Damit wird aber auch deutlich, dass sich das Übergangssystem zukünftig auf die Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und sonstigen schulischen Benachteiligungen konzentrieren sollte. In Hessen ist die zu starke interne Differenzierung des Übergangssystems nach formalen schulischen Voraussetzungen und die zu geringe Differenzierung nach Problemlagen der Schüler/-innen zu kritisieren. Vor dem Hintergrund abnehmender Schülerzahlen wird stattdessen eine innere Differenzierung und

Individualisierung der Förderung im Übergangssystem empfohlen (vgl. WEISHAUPT u. a. 2012), damit das wohnortbezogene Angebot erhalten bleiben kann. Maßnahmen der Kooperation mit beruflichen Schulen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen sind ergänzend zu fördern, um schon frühzeitig schwierige Berufseinmündungsprozesse zu begleiten und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten zu finden (vgl. auch Bertelsmann Stiftung 2012 und 2013). Für adäquate Förderbedingungen in den Lerngruppen des Übergangssystems müsste in Zukunft gesichert sein, dass Schüler/-innen, die im allgemeinbildenden Schulwesen sonderpädagogische Förderung erhalten haben, auch an den beruflichen Schulen entsprechend unterstützt werden. Dazu wäre es erforderlich, die gleichen sonderpädagogischen Ressourcen bereitzustellen wie an allgemeinbildenden Schulen. In Thüringen, das im Entwicklungsplan Inklusion auch die beruflichen Schulen berücksichtigt, halbiert sich die Schülerzahl gegenüber den allgemeinbildenden Schulen, auch wenn berücksichtigt wird, dass Schüler/-innen mit geistiger Behinderung nach der Pflichtschulzeit in eine Werkstatt für Menschen mit Behinderungen wechseln (vgl. Freistaat Thüringen 2013, S. 20, 56–57). Außerdem muss für die anderen Jugendlichen eine sozialpädagogische Betreuung gesichert sein, um den Unterricht durch eine persönliche Betreuung zu unterstützen. Mit dem quantitativen Rückgang dieses Bereichs muss eine qualitative Aufwertung der Förderung und Betreuung verbunden sein, damit die Berufseinmündungsprozesse dieser Jugendlichen weiter verbessert werden können (vgl. BAETHGE/BAETHGE-KINSKY 2013).

Allgemeinbildende Bildungsgänge an beruflichen Schulen erhalten

Zunehmend wird anerkannt, dass beruflichen Vollzeitschulen (zweijährige Fachoberschule, Berufsoberschule, Fachgymnasium) neben der gymnasialen Oberstufe eine wichtige Funktion bei der Erhöhung der Schulabsolventenquote mit Hochschulreife zukommt, weil sie den Hochschulzugang auch Kindern sozialer Gruppen ermöglichen, die einem Besuch des Gymnasiums eher distanziert gegenüberstehen. Dies gilt vor allem für die Regionen außerhalb der städtischen Zentren, in denen auf diese Weise auch die Palette des Interessenspektrums mit einer Zugangsoption zu einem Studium verbreitert wird. Die Entwicklung allgemeinbildender Bildungsgänge an beruflichen Schulen ist durch die Bestrebungen in mehreren Ländern zum Ausbau einer zweiten allgemeinbildenden Schulart neben dem Gymnasium mit dem direkten Zugang zum Abitur bedroht (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 252), weil in ländlichen Regionen die Schülerzahlen bei niedriger Siedlungsdichte häufig besonders stark abnehmen. Dadurch kann eine letztlich schädliche Schularten-

konkurrenz entstehen. Für die Jugendlichen könnten fachliche Schwerpunktsetzungen für einen Hochschulzugang verloren gehen. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang eine – in Nordrhein-Westfalen auch vorgesehene – Zusammenarbeit zwischen beruflichen Schulen und gymnasialen Oberstufen. Der regionalen Vielfalt unterschiedlicher Zugangswege zur Hochschulreife sollte im Konfliktfall Vorrang eingeräumt werden.

Regionalpolitische Bedeutung der beruflichen Schulen im ländlichen Raum stärken

In einer Planungsstudie für das berufliche Schulwesen in Sachsen (vgl. KUKLINSKI 2006) wird durch die demografische Entwicklung nicht nur ein Rückgang der Berufsschulstandorte, sondern auch der angebotenen Bildungsgänge erwartet. Beispielsweise wird bei den beruflichen Gymnasien mit einer Verringerung der Standorte um ein Viertel gerechnet. Dieses Beispiel einer Anpassung der gegebenen Struktur des beruflichen Schulwesens an die demografische Entwicklung wird den Herausforderungen an die beruflichen Schulen in der Zukunft nicht gerecht. Sie werden dann die angedeuteten wichtigen regionalen Qualifizie-

rungsaufgaben immer weniger erfüllen können. Deshalb sollte dringend nach schulorganisatorischen Alternativen gesucht werden, die den Erhalt des berufsschulischen Versorgungssystems flächendeckend sichern. Im Bereich der dualen Berufsausbildung kann dazu ein angepasstes pädagogisches Konzept von Teilzeit-Berufsschulklassen beitragen. Vor dem Hintergrund der Arbeitsmarkterfordernisse erscheint eine regionale Ausweitung der Angebote des Schulberufssystems in ländlichen Regionen möglich, um dort berufsschulische Ausbildungsmöglichkeiten neben der betrieblichen Berufsausbildung zu erhalten und zusätzliche Aufgaben bei der beruflichen Weiterbildung zu übernehmen. Schließlich ist es wünschenswert, die spezifischen fachlichen Schwerpunktsetzungen der allgemeinbildenden Bildungsgänge an beruflichen Schulen für einen Hochschulzugang zu erhalten. Alle Handlungsansätze sollten auf eine integrierte Weiterentwicklung der vier Ausbildungsbereiche der beruflichen Schulen bezogen sein und gegebenenfalls auch den Verbund mit allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II und dem öffentlichen Weiterbildungsbereich anstreben, damit die demografische Entwicklung als Chance für neu angepasste berufliche Qualifizierungsstrukturen in ländlichen Regionen genutzt werden kann. ◀

Literatur

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG: Bildung in Deutschland 2008. Ein Indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld 2008 – URL: www.bildungsbericht.de (Stand: 21.01.2014)

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG: Bildung in Deutschland 2010. Ein Indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld 2010 – URL: www.bildungsbericht.de (Stand: 21.01.2014)

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG: Bildung in Deutschland 2012. Ein Indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Bielefeld 2012 – URL: www.bildungsbericht.de (Stand: 21.01.2014)

BAETHGE, M.; BAETHGE-KINSKY, V.: Berufsvorbereitung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf. Die NRW-Perspektive. Bielefeld 2013

BERTELSMANN STIFTUNG: Übergänge mit System. Fünf Forderungen für die Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Gütersloh 2012 – URL: www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-332DA084-932CF2C5/bst/xcms_bst_dms_36921_36922_2.pdf (Stand: 21.01.2014)

BERTELSMANN STIFTUNG: Impulspapier für die Diskussion: Inklusion in der beruflichen Bildung. Gütersloh 2013 – URL: www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_38897_38898_2.pdf (Stand: 21.01.2014)

BMAS (Hrsg.): Arbeitsmarktprognose 2030. Eine strategische Vorausschau auf die Entwicklung von Angebot und Nachfrage in Deutschland. Bonn 2013 – URL: www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a756-arbeitsmarktprognose-2030.pdf;jsessionid=EF9DFFD3A5B8CD7A824F173C7BF3B781?__blob=publicationFile (Stand: 21.01.2014)

BOGAI, D.; SEIBERT, H.; WIETHÖLTER, D.: Die Suche nach Lehrstellen macht junge Menschen mobil. IAB-Kurzbericht 9/2008 – URL: <http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb0908.pdf> (Stand: 21.01.2014)

CHILLA, T.; MORHARDT, T.; BRAUN, B.: Jenseits der Speckgürtel: Wandlungsabsichten von Schulabsolventen und der demographische Wandel im ländlichen Raum. Das Beispiel des Landkreises Haßberge in Unterfranken. In: Raumforschung und Raumordnung 66 (2008), S. 260-270

DECKER, M.; GRIMMER, M.; WEIS, W.: Fachklassenbildung. Ein Jahrgangs- und Flächenproblem der 80er Jahre in Rheinland-Pfalz, aufgezeigt am Beispiel der Region Westpfalz. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Regional differenzierte Schulplanung unter veränderten Verhältnissen. Hannover 1984, S. 193-235

FREISTAAT THÜRINGEN. MINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR: Entwicklungsplan Inklusion. Thüringer Entwicklungsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Artikel 7 und 24) im Bildungswesen bis 2020. Erfurt 2013 – URL: www.lsv-thueringen.de/wp-content/uploads/2013/07/2013-07-09-Th%C3%BCringer_Entwicklungsplan_Inklusion.pdf (Stand: 21.01.2014)

HARNEY, K.; HOCHSTÄTTER, H.-P.; KRUSE, W.: HESSENCAMPUS Lebensbegleitendes Lernen – Ein struktureller Fortschritt im Bildungssektor? Zur Begründung eines strategischen Projekts der Hessischen Landesregierung. In: Hessische Blätter für Volksbildung 57 (2007) 2, S. 126-140

KUKLINSKI, P.: Demografischer Wandel und Schulnetzplanung für berufsbildende Schulen – dargestellt am Beispiel der Situation in Sachsen. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 54 (2006) 4, S. 474-493

LAAG, N.; MÜLLER, M.: Mischklassenbeschulung als didaktische Herausforderung. Ergebnisse einer explorativen Studie in Sachsen-Anhalt. In: BWP 39 (2010) 4, S. 21-25 – URL: www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6268 (Stand: 21.01.2014)

STATISTISCHES BUNDESAMT: Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern. Wiesbaden 2013 – URL: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/SchnellmeldungAusbildungsberichterstattung5211002127004.pdf;jsessionid=0C6548978322936401792EEAF7D438B.cae2?__blob=publicationFile (Stand: 21.01.2014)

WEISHAUPT, H. u.a.: Optimierung des Übergangsbereichs in Hessen. Frankfurt 2012 – URL: www.lag-arbeit-hessen.net/fileadmin/user_upload/DIPF_optimierung-des-uebergangsbereichs-in-hessen_2012.pdf (Stand: 21.01.2014)